Nr. 234. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 25.50 Mk., monatl. 8.50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 8.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15.— Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 20.— M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden, Tschecho-Slowakei und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.50 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 7. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Um Flensburg.

Kopenhagen, 7. Mai. Die „Berlingske tidende" meldet, daß seitens der Internationalen Kommission der französische Gesandte Claudel und der norwegische Vertreter Hefthe in ihrem gestrigen Bericht an den Obersten Rat vorschlugen, daß die südliche Grenze der ersten Zone im Osten derart reguliert wird, daß die Strecke an der Kupfermühlen-Bucht bis nach Wersche-leben, das dicht nördlich von Flensburg liegt, den Dänen übertragen werde. Durch diese Regelung werde die Möglichkeit geschaffen für die Anlegung eines neuen Flensburgs, da die betr. Strecke wichtige Bedingungen für die Anlage von Hafenanlagen auf dänischem Gebiet bietet.

Die Waffenablieferung in Frankfurt.

Zu dem Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden meldet uns ein Drahtbericht: Am Mittwoch sind auf Befehl des Generals Vidalon die Waffen der Frankfurter Polizei, soweit sie über die von der Besatzungsbehörde gestattete Zahl (blaue Polizei: Revolver und Säbel, auf jeden dritten Mann ein Gewehr) hinausgingen, in der Infanteriekaserne abgeliefert worden. Diese Waffen hatte die Frankfurter Polizei seit Ausbruch der Revolution im Besitz. **Daß sie unbedingt nötig waren, haben die Frankfurter Plünderungen zur Genüge bewiesen.** Jetzt verbleiben für ganz Frankfurt etwa 500 Gewehre. Die Besatzungsbehörde erklärt nun, festgestellt zu haben, daß die Zahl der Waffen über die ihr gemeldete und von ihr genehmigte Zahl hinausginge. Daher wurde Polizeipräsident Ehrler wegen Nichtangabe eines Teils der Waffen zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt.

(Wir hoffen, daß sich die deutsche Regierung noch eingehend mit dem Fall beschäftigt, der dringend der Aufklärung bedarf! Anm. d. Red.)

Die Vorbereitungen für Spa.

Paris, 6. Mai. Wie der Londoner Berichterstatter des „Temps" mitteilt, wird die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand jedenfalls in etwa acht Tagen in Paris oder London stattfinden. Der Berichterstatter erklärt, die Frage der deutschen Entschädigungssumme werde in Spa nicht behandelt werden. Nach der Ansicht gut unterrichteter Kreise in London werde Deutschland zuerst Aufklärung geben müssen über die Nichterfüllung der Friedensbedingungen, in zweiter Linie über die Bedingungen, unter denen es die im Vertrag vorgesehenen Wiedergutmachungen erfüllen könne. An Hand der Aufklärungen könnten die Alliierten alsdann die Bedingungen ins Auge fassen, die festgesetzt werden sollen, um die Zahlung der Wiedergutmachung sicherzustellen. In offiziellen englischen Kreisen sei man dem Gedanken einer Serie gestaffelter Zahlungen, von denen jede einzelne eine gewisse Summe nicht überschreiten solle, geneigt. Eine hohe Persönlichkeit habe gesagt, Deutschland müsse als bankerott betrachtet werden, seine Geschäfte könnten wieder besser werden, inzwischen aber sei sein Konkursverwalter die Wiedergutmachungskommission.

Die Streiklage in Frankreich.

Paris, 6. Mai. Havas meldet: In amtlichen Kreisen wird bestätigt, daß die Regierung vor der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit in keine Unterhandlungen eintreten wird. Heute sind die Arbeiter in den Schieferbrüchen von Angers in den Ausstand getreten. Von 10 000 Metallarbeitern in Le Havre streiken etwa 7500. In Toulon hat heute der Streik der Arbeiter des Arsenals begonnen. Nach Havasmeldungen soll die Lage auf allen Eisenbahnen günstig sein. Auf der Ost- und der Nordbahn werde der normale Verkehr aufrecht erhalten.

Paris, 6. Mai. Die Metallarbeiter der Umgebung von Paris haben den Generalstreik beschlossen.

Marseille, 6. Mai. Wegen Entlassung von drei Angestellten durch die Dock- und Lagerhäuser-Gesellschaft in Marseille haben alle Angestellten dieses Unternehmens aus Solidarität den Streik erklärt. Die Docks sind geschlossen.

10. internationaler Sozialistenkongreß.

Wien, 7. Mai. Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht die Antwort des Parteivorstandes der Deutschen Arbeiterpartei Deutschösterreichs auf die Einladung des Internationalen Bureaus in Brüssel zur Beschickung des 10. Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Genf am 31. Juli 1920. Der Parteivorstand beschloß, sich an dem Kongreß nicht zu beteiligen.

In der Antwort wird betont, daß der Genfer Kongreß kein geeignetes Instrument darstelle, das zur Wiederherstellung der Einheit der Internationale dienen könnte. Die Antwort weist auf die gleichfalls ablehnende Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Leipziger Parteitage und die übliche Stellungnahme der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Julikonferenz der Independente Labour-Partei Englands hin. Ein Kongreß, wo ganze Länder, wie vor allem Italien und Frankreich, höchstens durch unverantwortliche Persönlichkeiten, aber nicht durch Mandatare der Partei vertreten sein würden, könne nicht als zweckdienliches Mittel der Wiederherstellung der internationalen Beziehungen dienen.

Sieg der Sowjettruppen im Kaukasus.

Stockholm, 7. Mai. (TU.) Russischer Heeresbericht vom 4. Mai. An der Südfront gehen die Kämpfe westlich von Kiew weiter. An der Kaukasusfront südlich von Sotschi haben die Reste von Denikins Heer, etwa 60 000 Mann mit General Doikutoff und Borozoff an der Spitze, sich den roten Truppen ergeben. Nach weiteren Meldungen aus Baku betragen die den Russen in die Hände gefallenen Vorräte 200 000 Pud Benzin, 26 Millionen Pud Gasolin, 250 000 Pud Maschinenöle und 80 Millionen Pud Naphtha. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Rußland und Japan.

Amsterdam, 7. Mai. (TU.) „Handelsblad" meldet: Nach einem drahtlosen Bericht aus Paris sind die Hauptbestimmungen des zwischen Russen und Japanern in Wladiwostok abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages folgende: Beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten, Zurückziehung der Truppen auf 30 Kilometer zu beiden Seiten der Eisenbahn, Aufrechterhaltung der Ordnung durch bewaffnete Bürgerwehr und Besetzung aller Kasernen durch die Japaner.

Verständliche Auszeichnung. Die bayrische Regierung Kahr hat dem Generalmajor v. Möhl, Landeskommandant von Bayern, den höchsten bayrischen Kriegsorden verliehen. Darin hat sie sehr recht getan, denn nur dem Staatsstreich dieses Generals verdankt die Regierung Kahr ihre Existenz. Daß diese Regierung für den Kampf gegen eigene Volksgenossen Kriegsorden verleiht, kennzeichnet sie noch besonders.

Kapitän Ehrhardt über den Putsch.

Die Unterstaatssekretäre müßten erschossen werden.

Wie die „Dena" berichtet, hat die Korrespondentin der „Daily News", Frau Stan Hardinge, eine Unterredung mit dem Kapitän Ehrhardt im Munsterlager gehabt. Auf die Frage, welcher Ursache er das Mißlingen des Kapp-Putsches zuschreibe, erwiderte Kapitän Ehrhardt, ohne sich zu besinnen:

„Nicht dem Generalstreik, sondern den Intrigen jüdischer Unterstaatssekretäre, denen es gelungen war, einen Streik der Regierungsbeamten herbeizuführen und so die Staatsmaschine lahmzulegen. Wir haben es unterlassen, diese Unterstaatssekretäre zu erschießen, ein bedauerliches Versehen! Die Feigheit des Bürgertums ist ebenso verantwortlich für unseren Mißerfolg. Die Bürgerlichen waren zwar über unseren Putsch entzückt, blieben aber zu Hause und wuschen ihre Hände in Unschuld, anstatt offen herbeizueilen und uns zu helfen."

Vom Generalstreik meinte der Kapitän, daß eine Regierung, die eine starke Militärmacht hinter sich hätte, durch den Generalstreik nicht bezwungen werden könnte. Im Rahmen dieser Unterredung mit Kapitän Ehrhardt ist wohl die bezeichnendste Aeußerung, die für die ganze Sinnes- und Denkart dieses Hauptputschisten und seiner Gesinnungsgenossen ein klassischer Ausdruck ist:

Das Militär muß die Ordnung aufrechterhalten und Plünderungen verhindern und die Regierung muß soviel Nerven haben, einmal 10 000 Menschen im nördlichen Berlin Hungers sterben zu lassen, dann wird das Volk für eine Weile wohl keinen zweiten Generalstreik unternehmen.

Daß dieser Verbrecher sich immer noch auf freiem Fuß befindet, ist eine Schmach! Wir verdanken sie der Reichswehr mit ihren Offizieren, die nicht imstande sind, Deutschland von ihr zu befreien. Der Erhardt ist ein Vieh, aber wie der Plauener Hölz immerhin ein Kerl. Wo sind die Kerle unter den Offizieren der deutschen Republik, die ihm mit der gleichen Energie, wie er sie besitzt, entgegentreten?

•

Amtliche Nachforschungen haben ergeben, daß die Marinebrigade Ehrhardt tatsächlich seinerzeit nicht vereidigt worden ist. Nach einer Erklärung von zuständiger Stelle soll dieses Versehen auf die dauernde Verschiebung der Brigade von einer Heeresformation zur anderen zurückzuführen sein. Das mag man Kindern und Narren erzählen. Die Brigade wollte sich einfach nicht vereidigen lassen und konnte dies durchsetzen, weil von einer großen Zahl militärischer Stellen erlassene Anordnungen systematisch sabotiert werden. Für diese Sabotage ist der Fall der Ehrhardt-Brigade ein Schulbeispiel.

Der künftige Reichstag und das soziale Recht.

Zu den bedeutendsten Aufgaben des künftigen Reichstags wird die gesetzgeberische Durchführung des fünften Punktes der den Generalstreik vom März beendenden Abmachungen gehören, der lautete:

„Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts."

In erster Linie ist hier an die mit dem Betriebsrätegesetz begonnene Durchführung des in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Räteprogramms zu denken.

Das Betriebsrätegesetz ist leider nur ein Kompromißprodukt. Die Abstinenz, ja Feindschaft der Unabhängigen, die unserer Partei, im Kampf mit den Bürgerlichen, statt ihr zu helfen, in den Rücken fielen, ist zu einem erheblichen Teil an der unvollkommenen Gestaltung des Gesetzes schuld. Dennoch läßt sich schon heute sagen, daß das Gesetz als organisatorisches Prinzip einer neuen Betriebsverfassung sich fast restlos durchgesetzt hat, daß es bei klugem Handinhandarbeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten die gesetzliche Grundlage einer neuen Organisationsform des Proletariats zu werden berufen ist. Seine weitere Ausgestaltung auf wirtschaftlichem wie auf sozialem Gebiet wird von den Machtverhältnissen im künftigen Reichstag abhängen. Abänderungsbedürftig sind vor allem die Vorschriften über das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen, wobei wir nicht so sehr das Prinzip der Wahl zwischen Weiterbeschäftigung und Entschädigung, als vielmehr seine Ausgestaltung angreifen, erweiterungsbedürftig auf alle Arbeitnehmer ist der Schutz gegen ungerechtfertigte Entlassungen; Zentrum und Demokraten haben hier alle Anträge unserer Genossen, die den betretenen Weg auch zu Ende gehen wollten, niedergestimmt, obwohl doch wirklich nicht ersichtlich ist, warum der Geselle im Handwerksbetrieb im Gegensatz zu dem in der Fabrik z. B. gegen politische Maßregelung ohne gesetzlichen Schutz sein soll; um so mehr gilt das, als der Schutz durch die Organisation im Kleinbetriebe meist geringer ist.

Die Ausdehnung des Gesetzes auf die See- und Binnenschiffahrt und die Schaffung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat werden alsbald erfolgen müssen.

Der Erlaß des Gesetzes über Bezirksarbeiterräte und Reichsarbeiterrat werden die ersten gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstages sein. Es gilt, auf Arbeiterseite eine gesetzliche Interessenvertretung zu schaffen und die Arbeitnehmerschaft so immer mehr zum Eindringen in den Produktionsprozeß und zu seiner Beherrschung zu befähigen und dem Ziel einer Beseitigung des Gegensatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der sozialisierten Wirtschaft sich zu nähern, in der es nur noch Arbeitende, aber keine Klassen mehr gibt. Auch hier wird der Ausgestaltung der Räte im einzelnen, ihres Aufbaues und ihrer Befugnisse, von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament in hohem Maße abhängen.

Der Organisation des Wirtschaftslebens sollen die ebenfalls im Artikel 165 vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat dienen (dessen vorläufiger Ersatz in diesen Tagen im Wege der Uebergangsgesetzgebung geschaffen worden ist), in denen neben der paritätischen Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Beamten, die Verbraucher, die freien Berufe usw. ihren Platz haben sollen. Gelingt es, diese Räte — unter fachlicher Gliederung — mit wesentlichen wirtschaftlichen Befugnissen auf dem Gebiet der Kontrolle und Regelung der Produktion, des Einkaufs, des Absatzes usw. auszustatten, so können wir in ihnen die Anfänge einer sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft erblicken; es wird dann von der wirtschaftlichen Reife der Arbeitnehmerschaft abhängen, in welchem Maße sie diesem Gebilde ihr Gepräge aufdrückt.

Ziffer 6 der Berliner Märzabmachungen lautete:

Sofortige Anangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich.

Von diesen Forderungen ist bisher nur die der Einberufung der Sozialisierungskommission zu erfüllen begonnen worden. Die Durchsetzung der übrigen Punkte wird Sache der künftigen Reichsgesetzgebung sein.

Rätefragen und Sozialisierung erschöpfen das sozialrechtliche Programm der nächsten Zukunft nicht. Artikel 157 der Reichsverfassung sieht die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts vor. Die Vorarbeiten zu diesem umfassenden Gesetzeswerk, das an Bedeutung dem Bürgerlichen

Gesetzbuch gleichkommen wird, sind vor einem Jahr in die Wege geleitet worden; die Vollendung wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die Neuregelung des Schlichtungswesens ist, wie bekannt, bereits vom Reichsarbeitsministerium in Angriff genommen. Der bisherige Referentenentwurf ist vom Gewerkschaftsbund und der Afa einmütig abgelehnt worden, weil er glaubte, den Arbeitskämpfen unserer Tage durch Strafbestimmungen und Verwaltungszwang Einhalt tun zu können. Eine Zeit schwerster Klassenkämpfe, wie die unsere, ist für das obligatorische Schiedsverfahren in dem doppelten Sinne des Wortes, nämlich des Zwanges zur Anrufung des Schiedsgerichts und der zwangsweisen Durchsetzung ihrer Sprüche nicht reif. Stärker denn je wird im künftigen Reichstag um diese Fragen gekämpft werden, schreien doch die Bürgerlichen, vor allem die Demokraten, nach der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit.

Soll der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse der Stimme der „Unparteiischen", der Juristen der reaktionären Universitäten ausgeliefert werden? Sollen die zum großen Teil noch reaktionäreren, auf jeden Fall von politischen Konstellationen abhängigen Verwaltungsbeamten über den wirtschaftlichen Kampf befinden? So liegt auch die Zukunft dieses wichtigen Zweiges des sozialen Rechts in der Hand der Wähler, und verantwortungslos handelt der Angestellte und Arbeiter, der nicht an diese Zusammenhänge denkt.

Die Zersplitterung unserer Arbeitsgerichtsbarkeit, die heute nur Kaufmanns- und Gewerbegerichte für einen engen Kreis von Arbeitnehmern kennt und von der zufälligen Art des Betriebes es abhängig macht, ob der Schlosser der Privatindustrie vor das Gewerbegericht, derjenige der Stadt an das Amtsgericht geht, soll in Kürze durch ein einheitliches Arbeitsgerichtsgesetz beseitigt werden.

Noch kennen wir kein Gewerkschaftsrecht, noch ist der gewerkschaftliche Zusammenschluß jedes bürgerlich-rechtlichen Schutzes bar; das Tarifrecht ist nur dürftig geregelt; auch auf diesen Gebieten sind Entwürfe seitens der Arbeitsrechtskommission in der Vorarbeit begriffen. Der Aufbau eines großen Gebäudes der Arbeitsverfassung, das Arbeitsnachweis, Arbeitsgericht, Schlichtungsausschuß, die Organe der Sozialversicherung usw. einheitlich von der Gemeinde bis zum Reich zusammenschließt, wird das Parlament in den nächsten Jahren beschäftigen.

Das gesetzliche Recht auf Urlaub ist in Oesterreich anerkannt und wird auch bei uns gegeben werden müssen; das Problem der gleitenden Lohnskala, die Lohn und Preis gesetzlich in Einklang halten soll, bedarf sorgfältigster Prüfung.

Unter den großen Berufsgruppen verlangen vor allem die Landarbeiter, die Seeleute und die Hausangestellten nach Schaffung eines Sonderrechts. Die Hausangestellten leben heute nur nach bürgerlichem Recht, die Landarbeiter nach diesem und der vorläufigen Landarbeitsordnung.

Kaum ein Gebiet des Arbeitsrechts gibt es, das nicht durch die Revolution in Fluß gekommen ist. Der „ideologische Ueberbau" der sozial veränderten Gesellschaft bedarf der Neuerrichtung. Ueberall stehen sich die Interessen scharf gegenüber, und von der Macht der Arbeiterklasse im Parlament und außerhalb desselben wird es abhängen, wie das künftige Arbeitsgesetzbuch aussieht.

Auf ganz anderem Gebiet liegt die Neuregelung des Beamtenrechts. Unser Beamtenrecht, das völlig zersplittert ist, bedarf der vollkommenen Neuregelung. Als erster Vorläufer soll das Gesetz über Beamtenvertretungen dienen, dessen freiheitliche Ausgestaltung ein Gebot der Notwendigkeit wie der Klugheit ist. Das Beamtentum verlangt nach erweiterten Rechten, nach erhöhter Anteilnahme und Verantwortung gegenüber dem Staatsganzen.

So sieht der neue Reichstag ein gewaltiges Programm vor sich. Wie er es lösen wird, darüber hat jeder zu seinem Teil am 6. Juni mitzuentscheiden. Anders wird die sozialistische Mehrheit, anders eine Koalitionsregierung mit oder ohne Sozialisten an sie herantreten. Wer der Beratungen des Betriebsrätegesetzes gedenkt, der weiß, wie tausenderlei Interessen der Besitzenden an den bürgerlichen Parteien zerren, wie sehr der Doppelcharakter von Zentrum und Demokratie in solchen Fragen zum Ausdruck gelangt. Wie haben dort die Unternehmerschichten jener beiden Parteien ihre Parlamentsvertreter bestürmt, wie sehr mag die Drohung des Entzuges finanzieller Parteiunterstützung bei der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien eine Rolle gespielt haben! Klar und eindeutig ist die Politik der Sozialdemokratischen Partei vorgezeichnet. Sie braucht keine Rücksicht auf nicht proletarische Schichten zu nehmen, sie vertritt das Recht der Arbeit gegenüber dem Besitz und damit ein Prinzip, das eine unterschiedslose Anwendung auf alle Menschen verträgt. „Der vierte Stand", sagt Lassalle, „in dessen Herzfalten kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlechte. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller."

Eduard Bernstein gegen U. S. P.

Bedeutung des grundsätzlichen Kampfes.

Genosse Eduard Bernstein hat dieser Tage in einem ausführlichen Brief an die Breslauer Parteigenossen auseinandergesetzt, warum er die Kandidatur in Teltow-Beeskow der ihm gleichfalls angebotenen in Breslau vorgezogen hat. In Berlin sei wegen der verhältnismäßigen Stärke der Unabhängigen der Kampf schwerer als in Breslau. Dann heißt es wörtlich weiter:

Auch haben die Unabhängigen den **Kampf dadurch so furchtbar** leicht, daß sie, statt am Aufbau und Festigung der Republik positiv mitzuarbeiten, sich **die bequeme Rolle des Kritikers** von außen gewählt haben, der sich ebenso leicht freihalten kann von Tadel, wie derjenige sich die Kleider nicht beschmutzt, **der grober Arbeit fernbleibt.** Und der Aufbau und Ausbau der Republik ist im Angesicht der furchtbaren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, recht harte und oft grobe Arbeit.

Aber gerade darum ist es von so großer Wichtigkeit, daß unsere Partei, die diese Arbeit auf sich genommen hat, mit möglichst ungeschwächter Kraft in den neuen Reichstag einzieht. Nachdem die Leitung der unabhängigen Partei es rundweg abgelehnt hat, mit der Leitung unserer Partei wegen Verständigung im Interesse einer Einheitsfront in Verbindung zu treten, sind wir genötigt, um jedes nicht ganz sichere Mandat mit ihr zu ringen. Die Erkenntnis, daß der drohende Feind rechts steht, darf uns darüber nicht hinwegtäuschen. **Man stelle sich nun vor, was aus der Gesetzgebung und Verwaltung der Republik würde, wenn Unabhängige und Rechte zusammen eine Mehrheit im Reichstag erhielten, und man wird begreifen,** daß mindestens ebenso stark wie das natürliche Interesse der Selbstbehauptung der Partei, das große allgemeine Interesse der Republik, ihr politischer Zusammenhalt und ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung es erheischen, **daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die stärkste Partei in der deutschen Volksvertretung bleibt.** Die Politik der Unabhängigen ist heute fast nur Demonstrationspolitik, und obendrein noch zumeist negierende Demonstrationspolitik. **Die Politik unserer Partei aber ist Aufbaupolitik, ist Politik positiven Schaffens.** Und wenn die Republik die nicht hat, wenn keine starke, das große Interesse für den Oppositionskitzel stellende Partei als unerschütterliche Stütze hinter ihr steht, **dann geht Deutschland an innerer Zerrüttung zugrunde** und unser Volk verelendet vollständig.

So sehr wir daher darauf bedacht sein wollen, den Kampf nach links mit möglichster Sachlichkeit zu führen, so können wir doch uns nicht verschweigen, daß nach Lage der Dinge auch dieser Kampf notwendiger Kampf ist. **Es ist ein Ringen zweier Prinzipien und Methoden der sozialistischen Politik, und von dem Ausgang dieses Ringens hängt unendlich viel für unser Volk ab.**

Seine Pflicht, schreibt Genosse Bernstein zum Schluß, rufe ihn dorthin, wo seine Kraft am nötigsten gebraucht werde.

Ohne Ledebour kein Lüttwitz.

Der große Vergeßliche.

Der treffende Ausspruch Scheidemanns auf der Reichskonferenz „Ohne Ledebour kein Lüttwitz" ist dem großen unabhängigen Putschorganisator sehr unangenehm. Er verwendet einen ganzen Leitartikel der „Freiheit" darauf, um Genossen Scheidemann der „Geschichtsfälschung" zu zeihen.

Dabei ist Ledebour ein Opfer seiner Vergeßlichkeit geworden. Es ist ihm nämlich ganz entfallen, daß er am Jahrestag „seiner" Revolution in der „Freiheit" vom 5. Januar 1920 einen großen historischen Gedenkartikel geschrieben und darin seine Verdienste um das Zustandekommen des Putsches haarklein geschildert hat. An dieser Darstellung scheitert jede Behauptung, daß der Putsch vom 5. Januar „provoziert" oder sonst wie den Radikalen aufgezwungen worden sei, denn Ledebour preist ihn am 5. Januar 1920 als gewolltes und beabsichtigtes Unternehmen. Wir erinnern nur an folgende Stellen des Ledebourschen Artikels vom 5. Januar:

Die Januarerhebung war der historisch notwendig gewordene Tatbeweis dafür, daß es dem Berliner, daß es dem deutschen Proletariat ernst war mit der Revolution. Es war eine Probe auf die Lebensfähigkeit der beiden Parteien (U. S. P. u. K. P. D. Red.) . . . Die Stimmung in der Siegesallee . . . war derart überwältigend, daß an ein Zurück garnicht mehr gedacht werden konnte. Die revolutionären Obleute hatten nur noch darüber zu beraten, ob wir uns auf die Abwehr beschränken konnten oder den weiteren Schritt zum Sturze der revolutionsfeindlichen Regierung tun mußten. Bei Licht besehen war das aber gar keine Frage mehr. Denn eine siegreiche Abwehr hätte natürlich automatisch den Sturz der Regierung herbeigeführt.

Ledebour hat auch das Nachspiel seines Artikels scheinbar ganz vergessen. Denn gegen ihn und seine Putschverherrlichung wandte sich sowohl der linke wie der rechte Flügel der U. S. P. Hilferding nannte den Januar-Putsch „die Marneschlacht der Revolution", Richard Müller und Däumig, die von Ledebour der Feigheit geziehen wurden, weil sie am 5. Januar nicht ihre Haut zu Markte getragen hätten, setzten sich noch kräftiger zur Wehr. Müller schrieb überaus drastisch in der „Freiheit" vom 12. Januar 1920:

Ledebour darf nicht glauben, daß ich „meine Haut zu Markte trage", wenn ein politischer Narr aus vollständiger Verkennung der revolutionären Voraussetzungen oder aus Eitelkeit eine „revolutionäre Erhebung" für gegeben erachtet.

Das ist eine so deutliche Verurteilung der Ledebourschen Putschtaktik, daß sich jeder Zusatz unsererseits erübrigt. Richard Müller bestätigt mit seinem Spott über Ledebours Narrheit das Wort Scheidemanns: „Ohne Ledebour kein Lüttwitz."

Deutschnationale und Helden.

Die „Deutsche Tageszeitung" kolportiert eine Meldung des „B. T.", wonach Führer der Unabhängigen in Adlershof bei Ausbruch des Kapp-Putsches geflohen sein sollen, und knüpft daran ihren Spott über die „Helden". Wir wissen nicht, ob die Behauptung zutrifft, würden auch im Bejahungsfalle für das Verhalten von Unabhängigen keinerlei Verantwortung tragen. Aber hat die „Deutsche Tageszeitung" Ursache, sich über politisches Ausreißertum lustig zu machen? Ist nicht Herr Ludendorff am 9. November nach Schweden flüchtig gegangen? Sitzt nicht Herr Kapp heute noch in Schweden oder ist er etwa nach dem Scheitern seines Abenteuers in Deutschland geblieben? Hat sich nicht der Freund der „Deutschen Tageszeitung", Herr Brederek, unter dem schönen Namen „Schuldig" in einem kleinen Ort an der Havel verkrochen? Haben die Lüttwitz, Bauer, Bischoff, Pabst usw. sich mit militärischer Mannhaftigkeit den Gerichten gestellt? Wo steckt Herr Traub, Herr v. Jagow?

Auf alle diese Fragen sollte die „Deutsche Tageszeitung" erst einmal Antwort geben, ehe sie über „Helden" redet.

Das „gemütliche" Wien.

Der Sieger.

Die schwindsüchtige Stadt geht zeitlich schlafen. Sie hat kaum Kraft zur Arbeit, solange es hell ist; sie, die vergnügungssüchtige, musikfrohe, gönnt dem Vergnügen, das kein Vergnügen mehr ist, eine oder zwei Dämmerstunden. Dann fällt sie innerhalb weniger Minuten erschöpft in abgrundtiefen Schlaf; ein Angstschrei gellt, eine grausam munitere, widerlich frische Stimme, die nicht von dieser geknechteten Welt ist, gröhlt, ein paar schlaftrunkene Reden regen sich, erlahmen, verlöschen. Wien bei Nacht.

Von einem Kirchturm im Herzen der Stadt schlägt es zehn Uhr abends, eine andere Turmuhr mengt sich drein, eine dritte lallt den Baß dazu. Dann breitet die falsche Stille wieder ihr Leichentuch über die Dächer, die Straßen, die alten Plätze. Kein Wagen rollt, kein Schritt hallt, kein Wort zerbricht das bange Schweigen. Da quillt aus der zähen Finsternis, die auf dem kaum mehr geordneten Chaos lastet, eine ekle Blase, platzt, wirft schwächliche Wellen ohnmächtiger Wut auf. Rasch glättet die Sorge um den nächsten Tag, das Vergessen, die oberflächliche Erregung.

Um die Ecke flüchtet eine Frau, ein Mädchen, ein Mann ist hinterdrein, er faßt sie, schlägt sie. Sie schreit laut auf, in Angst vor ärgerem, vor dem Messer. Die letzten Gäste kommen aus dem naheliegenden Kaffeehaus. Der Mann hämmert mit den Fäusten drauf los.

„Was fällt Ihnen ein," sagt jemand schüchtern, „man schlägt eine Frau nicht."

„So," höhnt der Mann; er spricht ein brüchiges, schlechtes Deutsch, „ich habe dreihundert Kronen ausgegeben diesen Abend im Winzerhaus . . . diese verfluchte Kokotte . . ."

Er stößt sie mit den Schuhspitzen in die Beine.

Man faßt ihn bei den Armen. „He," schreit er, „hollah, Hände weg, ich bin Ausländer!" Und greift nach dem Revolver.

Wie auf ein Zauberwort weichen sie zurück. Ein Wachmann tritt hinzu. Es wird verhandelt.

Das Mädchen ist ohnmächtig an der Häuserwand zu Boden geglitten. Ein Herr leuchtet ihr mit der Taschenlampe ins Gesicht: Fahle Wangen, keine Spur von Schminke. Nette, sehr einfache Kleidung.

„Verkäuferin oder Bureaumädel", schätzt einer ab.

„Die hat das Nachtmahl teuer bezahlen müssen," sagt ein anderer; ein dritter: „. . . und jetzt hat sie wahrscheinlich nicht mehr mitmachen wollen." Man lacht ein wenig.

Der Sieger geht erbost seiner Wege, sprühend voll gehemmter Lebenslust, breitspurig, wütend auf das verhungerte Pack, das noch aufzumucken wagt. „Kokotte", ruft er zurück, „verdammte . . .!"

Das kann ihm in den Kolonien nicht passieren, dort nicht. Er hätte sich nicht einschüchtern lassen sollen. „Man schlägt nicht." Man schlägt. Wozu hätten wir den Krieg gewonnen? Bettlergesindel. **Die Konserven kosten morgen um zehn Prozent mehr. Man wird euch schon zeigen!**

Die Hölle auf Erden.

Enge, dumpfe Vorstadtgasse. Gegen Abend. Eine Frau in mittleren Jahren und ein Fabriksmädel kommen von links.

Die Frau: I sag's immer: de Männer, da is ka Verlaß drauf. Ma schmiert s' immer an. Immer. Ja, hab'n S' as dem Teppen ordentli' g'sagt?

Das Mädchen: Natürli. Glei' vom Anfang an. Pepi, hab' i g'sagt, daß d' ma ja aufpaßt, hab' i g'sagt. — Ja, ja, sagt er, selbstverständli. Hoch und teuer hat er g'schwor'n: Kümmer' di net drum, i kenn mi scho aus. — So, jetzt is Unglück fertig.

Die Frau: No, no. Für all's is a Kräut'l g'wachsen. — War'n S' scho bei aner Hebamm'?

Das Mädchen: Ja, bei dera auf Numero vieradreiß'g. De in Schild glei neb'n Hausthor hat.

Die Frau: I waß scho. I kenn' s' vom Sehg'n. Was verlangt s'?

Das Mädchen: Fünfhundert Kronen. — I bitt Ihna, wo soll i denn das Geld hernehma?

Die Frau: No, und er?

Das Mädchen: Wann s' 'n auf' Kopf stell'n, fallt ka Kranl aussa. — (Losbrechend): I geh in d' Donau, g'wiß, ganz g'wiß is des . . .

Die Frau: Aber Kinderl, nur net aufreg'n; b'halten kennan S' des Kind net, davon is ka Red'. Des kennan net amal de verheirat'ten Leit, dazua san de Zeiten net. Is genug, wann Se an Hunger hab'n; da nehmat Ihna des Kind no des bisserl Kraft weg. Mit der Hebamm' is a nix, weil S' ka Geld hab'n. Bleibt nur aus übrig: Se müassen's selber machen!

Das Mädchen (entsetzt): Selber?

Die Frau: Aber, Patscherl, nur ka Angst net! — Schaun S' mi an: vier Kinder hab' i g'habt, beim fünften, des war im zweiten Kriegsjahr, da hab' i nimmer mitkan. Jetzt hätt' i scho siebene. Zu dem Elend no dazua Kinder kriag'n, a na, i net, i net! Und mir hat's gar nix g'schadt, rein gar nix . . .

Das Mädchen: I trau mi net, i hab' so a Angst, es san scho so viel draufgangen dabei, jeden Augenblick hört ma, daß ane g'sturb'n is . . .

Die Frau: Ma stirbt net so leicht. Wann's g'fährli wird, müassen S' halt um d' Rettungsg'sellschaft schicken. Im Spital richten s' Ihna scho auf gleich. Alsdann, passen S' auf: Se laufen Ihna drim Greißler . . . (Beide rechts ab.)

Adolf Walter.

„Entstehung und Gewinnung der Kohle" behandelte Dr. Robert Potonié in der Urania. In fesselnder Weise versteht er es, der bereits einem größeren Hörerkreis durch seine botanischen Vorträge bekannt ist, die Vergangenheit der Erdgeschichte aus den Vorgängen, die sich jetzt noch vor unseren Augen abspielen, verständlich zu machen. Die beste Lehrmeisterin der Geologie ist die Gegenwart. Die Kohle spielt eine außerordentlich bedeutsame Rolle im Leben der Kulturmenschheit. Wir können uns dieses Leben ohne Kohle kaum vorstellen. Die Kohlenmenge ist jedoch begrenzt, und einmal wird die Zeit kommen, in der die Kohlenvorräte aufgebraucht sein werden. In früheren Zeiten hielt man die Kohle für ein Mineral. Erst später wurde ihr pflanzlicher Ursprung erkannt. Ein lebhafter Kampf der Geister entbrannte alsdann um die Frage der Entstehung der Kohlenlager. Man nahm an, daß pflanzliche Stoffe durch Wasser an bestimmten Stellen zusammengeschwemmt und so zu Kohlenflözen wurden. Manche Eigenarten taten jedoch dar, daß die Kohlenflöze am Ort ihres Vorkommens entstanden sind.

Die Kohlenbildung ist in gleicher Weise vor sich gegangen, wie heute noch Torfablagerungen entstehen. An Beispielen aus der Heimat wurden diese Naturvorgänge prächtig erläutert. Stehende Gewässer, wie sie die Seen und Teiche darstellen, verlanden. Durch die auf ihren Grund sinkenden Ueberreste der Lebewesen erhöht sich der Seeboden und steigt schließlich so nahe an die Wasseroberfläche, daß sich Pflanzen auf ihm ansiedeln können. Aus dem verlandeten See entsteht ein Moor! Die pflanzlichen Ueberreste bilden sich unter Luftabschluß zu Torf um, der die erste Station auf dem Wege zur Kohle ist.

Die Torfablagerungen zeigen viele Gleichartigkeiten mit den Braunkohlen und Steinkohlen. Sie beweisen also, daß diese sich auf gleiche Weise bildeten wie jene. Die pflanzlichen Reste, die sich in den Kohlenschichten noch erkennen lassen, zeigen, daß die Pflanzen der Braunkohlenflöze in einem subtropischen Klima und die der Steinkohlenzeit in einem tropischen Klima gelebt haben. In der Gegenwart haben wir Verhältnisse, wie sie in der Braunkohlenzeit herrschten; in den Sumpfwäldern Nordamerikas solche, wie in der Steinkohlenzeit in den tropischen Mooren.

Aeußerst anregend schilderte der Redner den Besuch eines Steinkohlenbergwerks. Wir werden hier mit all den Arbeiten und Gefahren bekannt, die bei der Gewinnung der schwarzen Schätze der Erde überwunden werden müssen. Wir verfolgen die Kohle von dem Ort ihres Vorkommens bis zur Verladestelle, von wo sie in Waggons oder Kähnen in die weite Welt befördert wird. ch.

Rose Bertens gibt in Shaws moralischer Komödie „Frau Warrens Gewerbe" (im Lessingtheater) jetzt die Mädchenhändlerin. Man muß gestehen: sie ist die Vollendung dieser Figur. Sie gibt ihr den fast blendenden und irretierenden Reichtum des Lebens (der den Shawschen räsonnierenden Gestalten nicht immer eigen ist) und bewahrt in all der impressionistischen Mannigfaltigkeit doch den einheitlichen Zug der klugen, energischen, tüchtigen Betriebsleiterin. Schade, daß man sie in ihrem „Betriebe" nicht selber an der Arbeit sehen kann! Ihr Eindruck, ihr Charme (als verkanntes Opfer der Verhältnisse und Hasserin der Armut sowie als sentimentale Mutter) ist so stark, daß die Rolle ihrer Gegenspielerin, ihrer Tochter (Fräulein Servaes), fast zu kurz kommt. Nur Steinrück als Crofftsio behauptet sich voll daneben. —r.

Musik. Dr. Karl Muck wird am 11. Mai in der Philharmonie den von der Großen Volksoper Berlin veranstalteten Wagnerabend dirigieren.

Die Kulturabteilung der Ufa setzt ihre Volksbelehrungsfilme demnächst durch Vorführung eines Films über Säuglings- und Kleinkinderpflege fort. Die Aufführungen finden mit ärztlichem Begleitvortrage in den Ufa-Theatern Tauentzien-Palast, Alexanderplatz, Hasenheide, Weinbergsweg statt. Für Schulen, Vereine usw. Gutscheine zu ermäßtem Eintritt Köthenerstraße 43, Zimmer 6.

Gewerkschaftskommission und Betriebsrätezentrale.

In einer Vollversammlung beschäftigte sich die Berliner Gewerkschaftskommission am Donnerstag mit der Betriebsrätefrage. Vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission, der sich in mehreren Sitzungen mit der Frage beschäftigt hatte, lag folgende Entschließung vor:

Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend erkennt die Notwendigkeit der Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zur Weiterführung der sozialen Revolution an. Zur Führung des proletarischen Klassenkampfes ist es notwendig, das Proletariat zu einheitlichen, geschlossenen Kampfformationen zusammenzufassen. Sie bedauert aus diesem Grunde, daß eine Verständigung der Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräte bisher nicht zustande gekommen ist. Sie beauftragt den Ausschuß, Schritte zu dem Zweck einzuleiten, eine Verständigung herbeizuführen, um auf diesem Wege eine Leitung für kommende proletarische Aktionen zu schaffen.

Da die Gewerkschaften bis zur Erreichung dieses nächstgelegenen Zieles nicht untätig bleiben können, sollen die Betriebsräte von den einzelnen Gewerkschaften zusammengefaßt werden. Es sind regelmäßige Versammlungen der Betriebsräte der einzelnen Gewerkschaften abzuhalten, die sich mit den Fragen der Schulung und Bildung der Betriebsräte und der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beschäftigen haben.

Zum Zwecke der einheitlichen Leitung und Schulung der Räte und zur Auskunftserteilung in Betriebsrätеangelegenheiten für die Gewerkschaften wird dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission ein Betriebsräte-Sekretariat angegliedert. Von diesem Sekretariat sollen nach Bedarf Vollversammlungen der gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte einberufen werden.

Für den Ausschuß begründete Siegle die Entschließung. Gegenwärtig haben alle Parteirichtungen eine Betriebsrätezentrale, hinzu kommt noch die Afa. In mehreren Besprechungen mit den Genossen der Betriebsrätezentrale sollte eine Grundlage geschaffen werden, um eine Einigung über die beiderseitigen Kompetenzen zu erzielen. In den von der Betriebsrätezentrale vorgelegten Entschließungen waren Bestimmungen enthalten, die von den auf dem Boden der S. P. D. stehenden Vertretern nicht akzeptiert wurden. Es sollte beispielsweise die Finanzierung der Betriebsräteorganisation durch freiwillige Sammlungen erfolgen. Bei eventuellen Aktionen sollte die Entscheidung über die Beendigung der Vollversammlung der Betriebsräte vorbehalten werden. Hauptsächlich diese Punkte waren es, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Wie Siegle erklärt, wende sich der Ausschuß ganz besonders dagegen, daß man in der Betriebsräteorganisation eine Körperschaft schaffe, deren Tätigkeit sich gegen die Gewerkschaften richtet.

In der Diskussion meint Stolt, daß es nicht darauf ankomme, wer die Betriebsräte zusammenfasse, sondern welche Funktionen sie zu erfüllen haben. Wenn die Zusammenfassung durch die Gewerkschaften erfolge, würden die Arbeitsgemeinschaften die Betriebsräte unter ihre Fittiche nehmen und dann ade soziale Revolution. Die bevorstehenden sozialen Kämpfe könnten nicht von den Gewerkschaften finanziert werden. Wie Stolt weiter meinte, treffe es nicht zu, daß die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße nur die Betriebsräte der U. S. P. erfasse, es sollen vielmehr alle Betriebsräte von den Demokraten bis zu den Kommunisten durch diese Organisation erfaßt werden.

Fritz Schmidt: Es muß die Frage gestellt werden, welche Funktionen haben die Betriebsräte? Redner ist der Ansicht, daß die Massenaktionen der Zukunft nur von den Gewerkschaften und nicht von den politischen Parteien geführt werden können. Die Aufgaben, die die Betriebsräte fordern, müssen und werden von den Gewerkschaften erfüllt werden. Den Gewerkschaften falle auch vor allem die Schulung der Betriebsräte zu, um aus dem Gesetz das Mögliche herauszuholen. Wir sind zwar in vielem einig, aber wir Gewerkschaftler werden unsere Organisationen nicht durch neue Betriebsorganisationen zerstören lassen.

Hensel meint, daß die Gewerkschaftskommission sich gelegentlich einmal mit der Afa beschäftigen müsse; die vom Genossen Schmidt der Betriebsrätezentrale gemachten Vorwürfe fallen auf die Afa zurück. Es sei möglich, daß Betriebsrätezentrale und Gewerkschaft gemeinsam arbeiten, wenn die Betriebsrätezentrale ihr Einverständnis damit erklären würde. Die Organisationsform der Betriebsräte könne man den Betriebsräten selbst überlassen. Redner beantragt Zurückstellung der Beschlußfassung, damit die Mitglieder der Gewerkschaften zu der Frage Stellung nehmen können.

Rusch wendet sich gegen die Ausführungen Stolts. Es treffe für Berlin nicht zu, daß die Betriebsräte Organe der Arbeitsgemeinschaft würden. Er weist der Betriebsrätezentrale die Aufgabe zu, daß sie im Rahmen des Parteiprogramms der U. S. P. wirke, um im Augenblick der Uebernahme der politischen Macht als politische Räteorganisation in Funktion treten zu können. Wenn jetzt die Betriebsrätezentrale beabsichtige, auch Richtlinien für eine Arbeitsordnung herauszugeben, so werden dadurch die Gewerkschaften in Kämpfe hineingetrieben und werden Kämpfe finanzieren müssen, die durch die Betriebsräteorganisation entfacht worden sind. Redner meint, daß die proletarische Einheitsfront nur durch die gewerkschaftlichen Industrieorganisationen hergestellt werden kann, an deren Bildung gearbeitet wird. Auch die Betriebsräte werden wir nach Industrien erfassen. Wir fordern daher von der Betriebsrätezentrale: Hinein in die Gewerkschaften und Mitarbeit an der Revolutionierung der Gewerkschaften.

In der weiteren Diskussion sprechen noch Klose und Fabinke für die Annahme der Entschließung des Ausschusses. Der Antrag Hensel auf Zurückstellung der Beschlußfassung wird abgelehnt und die Entschließung in ihrem ersten Absatz einstimmig, im zweiten und dritten Absatz mit 71 gegen 25 Stimmen angenommen. Damit war eine von Stolt eingebrachte Resolution, die die Rechte und Aufgaben der Betriebsräteorganisation festlegt, erledigt.

In einem Schlußwort betont Rusch, daß nunmehr der Ausschuß der Gewerkschaftskommission verpflichtet sei, die technischen Vorarbeiten, ganz besonders die Abgrenzung der Betriebsräte nach Industriegruppen, vorzunehmen und dieses Programm der Gewerkschaftskommission vorzulegen.

Der Verkauf der „D. A. Z."

Berlin, 7. Mai. Amtlich. Der Verkauf der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, in welcher die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint, ist der Reichsregierung am Mittwoch mittag bekanntgegeben worden. Sie hat sofort die **Nachprüfung der rechtlichen Unterlagen ihres Verhältnisses zu dem bisher halbamtlichen Blatt angeordnet.** Gleichzeitig ist ihr von dem neuen Besitzer die Mitteilung zugegangen, daß er bis zum Abschluß der Wahlen keinerlei Veränderungen in der Zusammensetzung der Redaktion oder in der politischen Haltung des Blattes eintreten lassen werde. Die Ergebnisse der rechtlichen und politischen Nachprüfung werden demnächst mitgeteilt werden.

Die Phrase von der Gleichheit.

Mit dem tiefen Problem der menschlichen Gleichheit beschäftigt sich Herr Wulle, Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei, in der „Deutschen Zeitung" in einer Weise, die das Problem wenig zu lösen geeignet ist. Das Niveau seiner Ausführungen wird dadurch gekennzeichnet, daß er folgenden Satz aufstellt: „Also der Neger, der Jude und der Deutsche, alle sind gleich." Daß er bei dieser geschmackvollen Aufzählung den Deutschen an die dritte Stelle rangiert, ist wohl bloß auf ein Setzerversehen zurückzuführen. Die Ungleichheit der Menschen als Individuen und der Völker als Nationen und Kulturgemeinschaften ist nie von der Sozialdemokratie bestritten worden, vielmehr haben wir nur aus der Existenz der Menschen auf ihr Recht auf hinreichende Befriedigung ihrer ökonomischen Bedürfnisse geschlossen. In dieser Hinsicht sind die Menschen allerdings gleich, Herrn Wulles Kampf also ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Natürlich ist es ihm weniger um dieses ethische Problem zu tun, als um den Achtstundentag, der ihm und seinen Parteifreunden ein Dorn im Auge ist. Wenn er die Ungerechtigkeit gegenüber den Bergarbeitern betont, die nach dem „sozialdemokratischen Prinzip" als Schwerstarbeiter gleichfalls acht Stunden zu arbeiten hätten, so übersieht Herr Wulle hierbei die Kleinigkeit, daß wir den Achtstundentag im Gegensatz zu ihm als Maximalforderung aufgestellt haben, und daß schon Bebel von einem Ausgleich für schwerere Arbeiten durch geringere Arbeitszeit spricht. Herr Wulle erklärt, daß der Sozialismus durch seine „wahnsinnige Gleichmacherei" unsere Intelligenz auf den Aussterbeetat gestellt habe. Wir können nur konstatieren, daß Herr Wulle sich schon zu einer Zeit auf diesem Aussterbeetat befand, als die Sozialdemokratie ohne jede Macht im Staate war.

Auf Grund dieser ihm eigenen Intelligenz drückt er die alte konservative Forderung: „Die Frau gehört ins Haus!" neuerdings in Anlehnung an das Schillersche Wort von der Frau, die die Mädchen lehrt und den Knaben wehrt, aus. O daß doch sich jemand fände, der endlich den politischen Knaben Wulle wehrte!

Kandidaten der Reaktion. Die Deutschnationalen in Hannover haben an erste Stelle ihrer Liste Herrn Helfferich, an vierte Stelle den Kapitän v. Müller (Kapitän der „Emden") gesetzt. Die Kandidatur Helfferich soll in den Kreisen der benachbarten Deutschen Volkspartei in Hannover sehr verschnupft haben. — In Niederschlesien steht an erster Stelle der deutschnationalen Listen Herr Hergt an dritter Stelle, Dr. Käte Schirmacher.

Der Professor als Politiker. Der Professor Ullrich v. Willamowitz-Möllendorf veröffentlicht in den „Berliner Hochschulnachrichten" Ausführungen, die als typisch für den reaktionären Geist in der Professorenschaft angesehen werden können. Kennzeichnend ist schon der einleitende Satz: „Die Philister (die Nichtstudenten Red.) von heute genießen die Freiheit zu faulenzen, zu erpressen und zu schieben; das verstehen wir nicht und finden wir nicht schön." Wir finden auch: die Philister sollten sich an den fleißigen bunte mützen Korpsstudenten der wilhelminischen Aera ein Vorbild an Arbeitsamkeit und Nüchternheit nehmen!

Wirtschaft

Absatzstockung in der Schuhindustrie.

Zu hohe Preise — ungenügende Kaufkraft.

Die Krise in der Lederindustrie dauert infolge der Preisrückgänge am Häute- und Ledermarkte an. Selbst große Firmen überlaufen, wie wir hören, die maßgebenden Stellen mit Gesuchen, ihre fertigen Schuhe ins Ausland verkaufen zu dürfen. Bekanntlich herrscht für Schuhe ein Ausfuhrverbot. Die Gesuche um Ausfuhrgenehmigung werden in der Regel damit begründet, daß es sich um Luxusschuhwerk handle, doch werden auch drohende Zahlungsschwierigkeiten als Grund für die Ausfuhrbewilligung angegeben.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie eine Ausfuhr von Schuhen nicht eher gestattet, als bis der Inlandbedarf vollauf gedeckt ist. Bei dem bedeutenden Mangel an Schuhwerk geht es nicht an, daß Gebrauchsschuhwerk jetzt mit einem Male als Luxusschuhwerk ins Ausland geht, weil die im Ausland fabrizierten immer noch teurer sind als die inländischen. In keinem Falle darf auf die Industrie Rücksicht genommen werden, wenn sie sich auf Zahlungsschwierigkeiten beruft, zumal die Industrie es ja auch verstanden hat, die maßlosen Uebergewinne auf dem Ledermarkte ohne weiteres einzustreichen, so daß heute für die minderbemittelte Bevölkerung ein Paar Schuhe bereits tatsächlich zum Luxus geworden ist. Diejenigen, die die freie Wirtschaft gefordert haben, werden ja jetzt erkennen, in welche unheilvollen Verhältnisse wir gekommen sind. Die Ware ist infolge Spekulation für die Verbraucher unerschwinglich teuer, die Schuhindustrie infolge Absatzstockung in Gefahr, stillgelegt zu werden. — Die Produktion ist Glücksspiel geworden, durch und durch ungesund. Der Spieltrieb der kapitalistischen Unternehmer ist so stark, daß an eine Besserung nicht geglaubt werden kann. Aufgabe der Arbeiterschaft der Schuhindustrie ist es, ihre Macht einzusetzen, damit wir zur organisierten Produktion gelangen.

Teures Holz — hohe Dividende. Der Abschluß der Berliner Holzkontor A.-G. für 1919 zeigt nach beträchtlichen Abschreibungen einen Reingewinn von 3,19 Millionen Mark gegen 1,2 Millionen Mark im Vorjahr. Nach Stellung einer Rücklage von 800 000 M. für das Reichsnotopfer verteilt das Unternehmen neben 12 Proz. Dividende noch einen Bonus von 10 Proz. gegen 8 und 6 Proz. im Vorjahre.

Wie außerordentlich die Siedlung durch die private Holzspekulation erschwert wird, zeigt folgendes Beispiel: An die Gärtnersiedlung in Schwante bei Berlin grenzt der Wald. Er wurde 1914 zum Preis von 1 M. pro Baum, wie verlautet, an obige Aktiengesellschaft verkauft. Heute ist der Siedlung dieser Wald zur Holznutzung gesperrt, sie muß das unentbehrliche Bauholz zu Tagespreisen von der Unternehmerin kaufen, die riesige Gewinne daraus zieht. Ein schwerer Tribut der Arbeiter an die Kapitalisten. Hier sollte die Forstverwaltung helfen und die Unternehmer zwingen, das Holz zum Kostenpreis zuzüglich einem angemessenen Nutzen zu verkaufen. Der Wiederaufbau der Wirtschaft durch die Arbeiter, die ihre ganze Kraft einsetzen, um auf eigener Scholle Lebensmittel zu erzeugen, bedarf dringend des Schutzes gegen die Ausbeutung durch die Konjunkturgewinnler.

Ein drückendes deutsch-amerikanisches Petroleumabkommen. Das Reichswirtschaftsministerium hat mit der Deutsch-Amerikanischen Petroleum A.-G., die, wie bekannt, zur Standard-Oil-Gruppe gehört, einen 10jährigen Vertrag abgeschlossen mit der drückenden Bestimmung, daß Deutschland verpflichtet ist, ihr, so lange die Einfuhr in Deutschland der staatlichen Kontrolle unterliegt, ein Belieferungsvorrecht in ganz bestimmten Prozentsätzen für die verschiedensten Oelprodukte einzuräumen, und zwar laut „Frkf. Ztg." völlig ohne Gegenleistung. Die Lieferungen müssen sofort bar bezahlt werden, und zwar in amerikanischer Valuta oder in einer neutralen Währung oder aber in deutscher Reichsmark, soweit solche gegen Dollar verkäuflich ist.

Groß-Berlin

Die Not der Straßenbahn.

Beachtenswerte Vorschläge.

Die Große Berliner Straßenbahn ist im Begriff, sich zu einem Schmerzenskind des Berliner Verkehrs zu entwickeln. Inwieweit neben der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse falsche wirtschaftspolitische Maßnahmen dabei eine Rolle spielen, soll im Augenblick nicht untersucht werden. Es handelt sich jetzt vor allem darum, einen Ausweg aus der schlechten finanziellen Lage zu finden, in der sich die Straßenbahn augenblicklich befindet und die tatsächlich ihren Weiterbestand gefährdet. Weitere Tariferhöhungen sind, wie auch hier schon zur Genüge dargelegt wurde, kein Mittel mehr, um Abhilfe zu schaffen, um so mehr verdienen andere Vorschläge Beachtung. Der Verein der Vororte Berlins hat solche Vorschläge, durchaus positiver Natur, in einer Eingabe an die Eisenbahndirektion Berlin als Aufsichtsbehörde und an den Verband Groß-Berlin als Eigentümerin der Straßenbahn gerichtet. Wenn sie im einzelnen vielleicht auch angreifbar sind, so verdienen sie doch, da sie eine Herabsetzung des Tarifs zum Ziel haben, die ernsthafteste Beachtung der beschließenden Instanzen.

Wir sehen aus Raumgründen von der Wiedergabe der vorgeschlagenen finanziellen Maßnahmen ab und führen nur kurz an, in welchen Richtlinien sich die übrigen Vorschläge bewegen:

Etwa ein Drittel sämtlicher Haltestellen wird eingezogen.

Der Verkehr wird nur noch mit mindestens Zweiwagenzügen aufrechterhalten, ein Einwagenverkehr findet nicht mehr statt, dafür werden gegebenenfalls die Fahrtenabstände vergrößert. Ebenso wird auf den Dreiwagenverkehr größerer Wert gelegt.

Sämtliche Fahrscheine werden wie bei der Eisenbahn im Vorverkauf gelöst. Wer keinen Fahrschein aufzuweisen hat, muß einen erheblich höheren Fahrpreis entrichten. Hierdurch wird die Arbeit der Schaffner nicht unwesentlich eingeschränkt, so daß zwei Wagen von einem Schaffner bedient werden können.

Die Fahrpreise für die Fahrten nach 8 Uhr werden auf das Doppelte, nach 11 Uhr auf das Dreifache erhöht. Eine solche Preiserhöhung läßt sich der Allgemeinheit gegenüber rechtfertigen, als dadurch die Fahrpreise während der übrigen Zeit eine Verminderung erfahren. (Hier ließen sich wesentliche Bedenken anführen. D. Red.)

Die Ersparnisse bzw. Schätzungen aus den Vorschlägen stellen sich auf zusammen 28,2 Millionen Mark. Die Ausgaben hätten danach für 1918 nicht 90,6 Millionen Mark, sondern nur 90,6 weniger 28,2 gleich 62,4 Millionen Mark betragen, oder auf eine Fahrt 7,0 Pf. statt 10,1 Pf. gleich 30 Proz. weniger.

Der Verein der Vororte Berlins behauptet zum Schluß, daß bei Berücksichtigung seiner Vorschläge zweifellos ein Tarif von 25 bis 30 Pf. auch heute noch erreichbar ist.

Wir müssen dem Verein die Verantwortung für diese etwas rosige Behauptung selbst überlassen, verlangen aber gründlichste Prüfung dieser positiven Vorschläge, die nicht durch die sattsam bekannte behördliche Ueberheblichkeit in den Akten verschwinden dürfen. Aufsichtsbehörde und Verband Groß-Berlin haben jetzt das Wort.

Der Tod auf der Lokomotive.

Am 28. März wurde der Lokomotivführer Bernhard Reichmuth aus Charlottenburg auf der Maschine stehend von hinten durch eine Kugel in das Herz getroffen und auf der Stelle getötet. Die polizeilichen Ermittlungen haben jetzt zur Aufklärung des Verbrechens geführt, nachdem man mit Hilfe des Publikums bald festgestellt hatte, daß einer der Hauptbeteiligten der Schneider Max Kornatz aus der Freienwalder Str. 19 war. Dieser Kornatz, der gleich nach der Tat aus Berlin geflüchtet war, wurde nach der Veröffentlichung seiner Personalbeschreibung jetzt in Hannover erkannt, festgenommen und nach Berlin in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Unterdessen hatte die Berliner Polizei hier bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Den tödlichen Schuß hat einer der Verhafteten, der Tischler Georg Roloff aus der Anklamer Straße abgegeben. Wie durch Verhör und Ermittlungen festgestellt wurde, befanden sich Kornatz, Roloff, ein 18 Jahre alter Arbeiter Franz Schilske, der jetzt ebenfalls verhaftet worden ist, und mehrere andere, die noch gesucht werden, am 28. März in einer Schankwirtschaft an der Ecke der Brunnen- und Bernauer Straße. Dort erschien ein unbekannter Mann, der ebenfalls von der Polizeibehörde gesucht wird. Er gab sich für einen „Kurier" aus, forderte die Gäste auf, ihm zu folgen, versah sie mit Schießwaffen aller Art und zog mit dem bewaffneten Trupp nach der Millionenbrücke. Hinter dem Geländer im Anschlag liegend, erwartete die Bande die Züge, die vom Gesundbrunnen kamen, und feuerte jedesmal auf die Maschine und ihre Bedienungsmannschaften. So erhielt die Maschine Reichmuths sieben Treffer und er selbst den tödlichen Schuß.

Das Bezirkssekretariat Bellevuestr. 7 II. bleibt am Sonnabend, den 8. Mai, wegen Umzugs nach In den Zelten 23 geschlossen. Wir bitten die Bekanntmachung Sonntag früh zu beachten.

Der Bezirksvorstand.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Der Haushaltsplan des Kreises Teltow. Der Teltower Kreistag wird sich in seiner nächsten Sitzung am 21. Mai mit dem Haushaltsplan für 1920 beschäftigen, den Kreis- und Finanzausschuß in gemeinsamer Vorberatung aufgestellt haben. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 51 858 891 M. ab, was gegen das Vorjahr ein Mehr von 32 Millionen darstellt. Infolge der Teuerung und Geldentwertung hat sich der Teltower Kreisetat also fast verdreifacht. Die Kreissteuern müssen infolge der stark gestiegenen Ausgaben von 76 und 152 Proz. auf 94,5 Proz. von der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer Klasse 3 und 4, und auf 189 Proz. der Gewerbesteuer Klasse 1 und 2, sowie der Grund- und Gebäudesteuer erhöht werden. Der Teltowkanal bringt keinen Ueberschuß, sondern erfordert jetzt einen Zuschuß von 2 835 000 M. bei einer Einnahme von 4 185 000 M. und einer Ausgabe von 7 020 000 M. Von den größeren Kreisbetrieben geben lediglich die Kreisstraßenbahnen ohne Zuschuß — mit 4 980 000 M. in Einnahmen und Ausgaben auf.

Die Omnibuspferde werden versteigert. Bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft hat sich, wie die Gesellschaft mitteilt, die wirtschaftliche Lage so zugespitzt, daß nunmehr eine wesentliche Einschränkung des Betriebes notwendig geworden ist, weil verschiedene Omnibuslinien unter den heutigen Verhältnissen zu hohe Zuschüsse erforderten. Infolgedessen wird ein Teil der Pferde verkauft, und zwar in öffentlicher Versteigerung auf dem Omnibus-Depot, Wattstraße 22—24. Die nächste Versteigerung findet am Freitag, den 14. Mai, vormittags 10 Uhr statt.

Zur Beachtung! Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beigefügt.

Schießler-Verein Rübezahl, Charlottenburg. Versammlung jeden zweiten Sonntag im Monat. Nächste Versammlung: Sonntag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, Kaiser-Friedrich-Str. 63, Restaurant Grimm.

Verein Arbeiter-Jugend. Freitag, den 7. Mai, abends 1/2 8 Uhr, im Lokal „Hohenzollern", Friedenau, Handjerystraße: Oeffentliche Jugendversammlung. Thema: Die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend. Ref.: Genosse Walter Rübiger. Freie Aussprache.

Gewerkschaftsbewegung

Straßenbahn und Schiedsspruch.

Wie wir in der Morgenausgabe mitgeteilt hatten, wurde der Schiedsspruch am Mittwoch in einer Funktionärsitzung der Straßenbahner mit 78 gegen 41 Stimmen angenommen und die endgültige Entscheidung einer Urabstimmung vorbehalten. Das Ergebnis ist außerordentlich beachtenswert und müßte auf die bürgerlichen Blätter beschämend wirken, die sich seit Wochen in Beschimpfungen der Straßenbahner nicht genug hervortun konnten. Die Teuerung der Rohprodukte, die, wie wir in unserem Leitartikel von gestern morgen ausgeführt hatten, hauptsächlich an der ungünstigen Lage der Straßenbahn schuld trägt, wurde von den kapitalistischen Blättern als unbeachtlich beiseite geschoben, während man den „Unverstand", die „Begehrlichkeit" und — natürlich durfte auch dieses Argument nicht fehlen — die „bolschewistische Gesinnung" der Straßenbahner nicht genug beschimpfen zu sollen glaubte. Demgegenüber bedeutet die Haltung der Straßenbahnfunktionäre ein so hohes Maß von Einsicht, daß die Bürgerlichen sich demgegenüber nur verstecken können. Unter Hintanstellung ihrer persönlichen Interessen wurde der Schiedsspruch bedingt angenommen, der, wie die Funktionäre selbst sagten, ein menschenwürdiges Dasein der Straßenbahner nicht gewährleistet.

Auf Grund des Schiedsspruches erhält unter Wegfall der bisherigen Brot- und Kartoffelzulagen das technische Personal Stundenlöhne zwischen 4 M. und 4,30 M., die Straßenbahnfahrer und Schaffner erhalten Anfangslöhne von 825 M., die bis zur Höhe von 875 M. steigen. Außerdem erhalten die Fahrer eine Teuerungszulage von 1 M. Die gleichen Löhne erhalten die Hochbahner, bei denen außerdem als Zulage für Betriebsaufseher 150 M., für Bahnhofsaufseher 100 M. und für Zugführer, Weichensteller, Bahnhofswärter und Straßenbahnführer 26 M. pro Monat hinzukommen. Fahrkartenausgeberinnen erhalten Gehälter von 600 bis 650 M.

Diese Löhne dürften zeigen, daß die Straßenbahner unter den Arbeitern zurzeit tatsächlich am schlechtesten gestellt sind. Aus diesem Grunde sollten die „liberalen" Tageszeitungen sich überlegen, ob ihre unaufhörliche Wühlarbeit diesen pflichttreuen und selbstlosen Arbeitern gegenüber angebracht erscheint.

15. Verbandstag der Bäcker und Konditoren.

In Nürnberg hält zurzeit der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen Deutschlands einen außerordentlichen Verbandstag ab. Nach dem Kassenbericht für die Jahre 1918/19 ist die Entwicklung des Verbandes seit November 1918 eine sprunghafte. Die Zahl der Beiträge hat sich im letzten Jahre verfünffacht. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt von 23 930 auf **41 640**; zurzeit dürfte die Mitgliederzahl rund **60 000** betragen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes in den Jahren 1918/19 betrugen 2 838 772 Mk., die Ausgaben 2 106 842 Mk. Der Vermögensbestand hat die Summe von 1 171 583 M. erreicht. Sind auch die Einnahmen durch die Mitgliedersteigerung im Jahre 1919 erheblich gestiegen, so haben sich auf der anderen Seite auch die Ausgaben ganz wesentlich vermehrt. Sie stiegen pro Kopf der Mitglieder von 16,04 M. im Jahre 1918 auf 38,59 M. im Jahre 1919. Der Vorstand hält eine wesentliche Sanierung der Finanzen für dringend erforderlich.

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen 185 Anträge vor. Erwähnenswert ist ein Antrag Berlin, der dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund die Beiträge so lange sperren will, bis der Vorstand dieses Bundes durch Personen besetzt ist, die auf dem Boden der revolutionären Arbeiterbewegung stehen. Zum Punkt Rätesystem und Arbeitsgemeinschaft wird von der Filiale Dresden beantragt, daß die Politik der Gewerkschaft im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft und auf dem Boden der Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses zu führen ist. Im Gegensatz hierzu verlangen die Verwaltungsstellen Breslau, Dortmund und Remscheid den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Der Verbandsvorstand unterbreitet hierzu eine Entschließung, wonach in der Arbeitsgemeinschaft nicht das Mittel zur Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus erblickt wird. Zur Erreichung dieses Zieles sei der revolutionäre Wille der werktätigen Bevölkerung maßgebend. Die Durchführung der revolutionären Maßnahmen würde jedoch nicht den Gewerkschaften, sondern den politischen Parteien unterliegen. Zur Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele, Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse, sei jedes Mittel geeignet, also auch Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte und Kampfesaktionen. Das Streikrecht dürfe aber durch den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft in keiner Weise beeinflußt werden. — Für die Schaffung eines Nahrungs- und Genußmittelindustriearbeiterverbandes treten eine Reihe größerer Zahlstellen ein. Wir werden über die Verhandlungen zusammenfassend berichten.

Der Streik in den Brauereien.

Auf Veranlassung des Demobilmachungskommissars ist versucht worden, Verhandlungen über den Streik im Berliner Brauereigewerbe herbeizuführen. Die Unternehmer und Arbeiter haben sich in der Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar bereit erklärt, in Einigungsverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen haben heute vormittag begonnen. Ueber ihren Ausgang liegen zur Stunde noch keine Nachrichten vor.

Sabotage der Schiedssprüche!

Vom Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Die Regierung drängt bekanntlich darauf, daß Lohnstreitigkeiten möglichst durch Schiedssprüche in den Schlichtungsausschüssen ihre Erledigung finden. Aus den neuesten Vorgängen heraus bekommt es den Anschein, daß man wohl die Privatindustrie verpflichten will, nach diesen Grundsätzen zu handeln, nicht aber im eigenen Hause diese Sprüche anerkennt. Dafür diene folgendes Beispiel:

Nach längeren, schwierigen Verhandlungen mit den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung, die kein befriedigendes Resultat zeitigten, wurde vom Kabinett ein Angebot gemacht, das von den Arbeitnehmern abgelehnt werden mußte. Nach § 26 des Tarifvertrags mußte vor Arbeitseinstellung der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Letzterer tagte am 19. April d. J. im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Genossen Wissell als unparteiischen Vorsitzenden.

Die Arbeitnehmer nahmen den gefällten Schiedsspruch an, nicht aber die Reichs- und Staatsregierung. Hier lehnte man kurzer Hand den Schiedsspruch ab, indem man sich auf den Standpunkt stellte, daß der Verwaltungsarbeiter nach alter Tradition niedriger entlohnt werden muß, als der Eisenbahnarbeiter. Wenn der Schiedsspruch niedrige Sätze in den Anfangslöhnen vorgesehen hat, dürfen auch die Endlöhne nach mehrjähriger Tätigkeit nicht an die Löhne der Betriebsarbeiter heranreichen.

Das Tollste hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten geleistet, indem er in einem Schreiben über den Schiedsspruch bezieht. Nachdem er in langatmigen Begründungen ersucht, den Schiedsspruch mit Rücksicht auf die Eisenbahnarbeiter abzulehnen, heißt es zum Schluß wörtlich:

> Im übrigen glaube ich aus den erörterten Umständen auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem Eingreifen örtlicher Schlichtungs-Ausschüsse in die staatliche Lohngebarung für das allgemeine Wirtschaftsleben ergeben. Derartige Ausschüsse sind beim besten Willen nicht in der Lage, die Zusammenhänge völlig zu übersehen und zeitigen durch Einzelerscheinungen Folgen, die weit über den beabsichtigten Schiedsspruch hinausgehen. Daraus ergibt sich auch die Bedeutung solcher Entscheidungen für die Staatsfinanzen und die staatsrechtlich nicht haltbare Entscheidung, daß die Staatsverwaltung durch nicht verantwortliche Stellen zu Aufwendungen gedrängt werden, deren Bewilligung eine der hervorragendsten Rechte der Volksvertretung ist.

Also in kurzen Worten erklärt Herr Oeser, der frühere Minister Wissell als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses sei nicht in der Lage, die Zusammenhänge zu erkennen, die die staatliche Lohnbewegung für das allgemeine Wirtschaftsleben ergeben, das kann nur Herr Oeser. Drei alte Gewerkschaftler als Arbeitnehmerbeisitzer, die mehr als 20 Jahre in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, drei Arbeitgeberbeisitzer (Akademiker), sie alle sind Trottel, die keine Kenntnis vom Wirtschaftsleben haben. Schiedssprüche sind nur für die Privatindustrie, aber nicht für die Reichs- und Staatsregierung da. Hoffentlich quittieren auch die Staatsarbeiter damit, indem sie am 6. Juni einmütig an die Wahlurne gehen und mit derartigen Leuten wie Oeser und Genossen endgültig aufräumen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Spritarbeiter.

In einer für diese Gruppe einberufenen Versammlung berichtete Schmitz vom Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband über den Ausgang der Lohnbewegung. Mit Hilfe des Schlichtungsausschusses konnte eine Einigung erzielt werden. Die in Frage kommende Berufsgruppe sowie auch die Unternehmer haben den gefällten Schiedsspruch anerkannt. Daß die Spritarbeiter ihre Zustimmung gegeben haben, ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß die Lohnsätze nur bis zum 1. Juni gelten. Kündigung kann dann mit 14tägiger Frist vorgenommen werden. Nach dem Schiedsspruch beträgt der Wochenlohn für alle Ungelernten vom 1. April bis 30. April 1920 200 M. und vom 1. Mai ab 210 M. für gelernte Arbeiter 210 bzw. 215 M. Kutscher, die unter die Gruppe ungelernte Arbeiter fallen, erhalten außerdem eine Wochenzulage von 7 M. Die Löhne werden rückwirkend ab 1. April bezahlt. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des alten Tarifvertrages bestehen. Demnach wird ein Urlaub bis zu 14 Tagen gewährt.

Gehaltsbewegungen im Berliner Buchhandel.

In einer Vertrauensmännersitzung der Angestellten des Berliner Buchhandels wurden die Angebote der Arbeitgeber, die einem Durchschnittswochenlohn von 140 M. für qualifizierte Arbeiten verrichtende verheiratete Angestellte entsprechen, also niedriger sind, als Löhne, die jugendlichen ungelernten Arbeitern in anderen Gewerben gezahlt werden, mit Entrüstung zurückgewiesen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

> Die in den Sophiensälen tagende Vertrauensmännersitzung erklärt, daß sie sich voll und ganz hinter die Beschlüsse ihrer Organisation stellt. Sie wiederholt, daß die angebotenen Gehaltssätze sowie die sonstigen Aenderungen des Tarifs, die nur Verschlechterungen des alten Tarifs bedeuten, ganz undiskutabel sind.
>
> Wenn die Angestelltenschaft bisher immer noch Ruhe bewahrt hat, so hat sie damit gezeigt, daß sie in friedlicher Weise ihre Tarifverhandlungen geführt wissen wollte. Die jetzige Situation ist aber so, daß für alle Komplikationen einzig und allein die Arbeitgeber verantwortlich sind, die jedes soziale Verständnis vermissen ließen. Auf Aufklärung durch Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes verzichten die Vertrauensmänner, ihre Interessen werden dadurch in keiner Weise wahrgenommen. Die Vertrauensmänner erklären, daß die Angestellten mit allen Mitteln ihre Rechte verteidigen werden und verlangen, daß bis zum Montag, den 10. Mai, der Tarif in einer für die Angestellten annehmbaren Weise fertiggestellt wird. Sollte dies bis dahin nicht geschehen sein, müssen die Angestellten andere Schritte unternehmen.
>
> Die Angestellten des Buchhandels, die bisher stets schlecht bezahlt wurden, zeigen damit, daß sie nunmehr entschlossen sind, ihre Rechte mit allen Mitteln zu verteidigen.

Das Elend im Photographiegewerbe.

Es gibt wohl selten einen Beruf, der so schön und vielseitig ist, wie der Photographenberuf; es gibt aber auch wohl selten einen anderen Beruf, der seine Arbeiter so schlecht bezahlt, wie gerade dieser. Zunächst sei hier das Porträtgewerbe genannt. Hat sich wohl schon jemand, wenn er beim Photographen war, einmal die Frage vorgelegt: Wie werden die Gehilfen in dieser Branche bezahlt? Jawohl, dieser Beruf sieht sich glänzend an und ist auch scheinbar leicht auszuführen. Man macht sich aber keinen Begriff, wie sich ein solcher Photographengehilfe oder eine Gehilfin abrackern muß, um den kärglichen Lohn am Schluß der Woche oder des Monats zu erhalten, einen Lohn von 165 M. für verheiratete Menschen. Aber selbst gegen diese Entlohnung sträuben sich die Herren Prinzipale. Gehören doch Löhne von 60 und 70 M. pro Woche nicht zu den Seltenheiten. Am schlimmsten steht es mit den Ateliers und Ladengeschäften im Zentrum der Stadt und in den Vierteln mit Arbeiterkundschaft. Viele Inhaber solcher Geschäfte sind keine Fachleute; sie müssen sich Personal halten, um die Betriebe aufrecht zu erhalten. Die Gehilfen in diesen Porträtgeschäften werden zumeist so schlecht bezahlt, daß sie gezwungen sind, nach achtstündiger Arbeit im Atelier und Dunkelkammer sich noch zu Hause bis spät in die Nacht hinein mit anderen Arbeiten zu mühen, um wenigstens ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Durch die schlecht bezahlte Arbeit und durch die Sorge, wie man durch Nebenarbeit sein Leben fristen kann, ist die Energie dieser Arbeiter bis auf den Nullpunkt gesunken. Zu den zahlreichen heruntergewirtschafteten Existenzen in den Ladengeschäften kommen die vielen Retoucheure und Printenmaler in der Bromsilbervergrößerung, die in zehn- bis vierzehnstündiger Akkordarbeit ihr Leben zu fristen suchen. Es ist an der Zeit, daß die breite Oeffentlichkeit einmal von dem Elend im Photographiegewerbe unterrichtet wird, und daß die Angehörigen dieses Gewerbes sich aufraffen, um sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen.

Versprechen, aber nicht halten!

Man schreibt uns: Durch Schiedsspruch vom 5. März d. J. wurde den Angestellten der Firma „Luft-Fahrzeug Schütte-Lanz", Zeesen bei Königs-Wusterhausen, rückständige Weihnachtsgratifikation für das erste halbe Jahr 1919 zuerkannt. Trotz aller Bemühungen der Angestellten verweigert die Firma die Zahlung. Den Angestellten versucht man nicht nur mit moralischen Mitteln beizukommen, sondern oftmals mit anderen. Wo bleibt hier jegliches Entgegenkommen der Firma? Bei der heutigen Geldentwertung handelt es sich nur um Pfennige. Das sollte die Firma längst erkannt und daher die Summen zur Auszahlung gebracht haben.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Stocker, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Ziehung 8.—11. Mai — Ziehung 19.—21. Mai
Heimstätten-Geld-Lotterie
Hauptgewinne von Mk.: 75000 30000 usw.
Lose zu Mk. 3,30
Porto u. Liste Mk. 1,— extra
Deutschlandsspende-Geld-Lotterie
Hauptgewinne von Mk.: 75000 30000 usw.
Lose zu Mk. 3,30
Porto u. Liste Mk. 1,— extra
Eine feine Brieftasche mit 6 Heimstätten- und 5 Deutschlands-Losen 38 M. einschl. Porto u. 2 Listen
Gustav Haase Nachfg., Berlin NO 43
Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.
Telegr.-Adr.: Glücksgott, Berlin.

Altmetalle Lumpen Papier Eisen
kauft zu höchsten Tagespreis.
E. Störer, Berlin SO., Admiralstr. 7.

Die beste Quelle für Produkte, alte Metalle usw. ist M. Bringer, Berlin O, Blumenstr. 68.

Alte Gebisse, Zähne kauft zu höchst. Tagespreis B. Pinz, Wiener Str. 1—6

Sanatorium Feldberg i. Meckl.
Nerven, innere, Stoffwechselkranke, Erholungsbedürftige
Prospekte. 29 6* S.-Rat Dr. Kausch.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts"
sind billig und erfolgreich!

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Mier. 4783). Kurze Str. 18 (Alex-Pl.).

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- u. Silberbruch kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale, Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 13580

Metallbetten
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 83 15

Nur allein
Kunstspiel-Pianos und Flügel
Virtuola
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstmusicierung
Römhildt A.-G., Leipziger Straße 119—120, I. Stock.

Sind Lungenleiden heilbar? Alle, die an Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Asthma, Schwindsucht, Lungenspitzenkatarrh, Nachtschweiß, Stiche im Rücken, Brustschmerzen, Appetitlosigkeit, Verschleimung, veraltetem Husten, lange anhaltender Heiserkeit leiden, lassen sich meine ausführliche belehrende Broschüre kostenlos portofrei senden. 54/16*
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 202, Am Karlsbad 33b. Sprechzeit 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Verkäufe

Nähmaschinen zu verkaufen. Besichtigung gestattet. Habn, Prenzlauerstraße 20. 44/19*

Anzüge und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen Zentral-Leihhaus, Jüdenstraße 21. 1537D*

Bessere Anzüge fertig und nach Maß spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Ruh, Wilhelmstraße 40a, Hochparterre. 160R

Dauerlik, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hilfen, Steglitz, Dionysiusstraße 11, Fernsprecher Steglitz 2894.

Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Divandecken, Tischdecken und Bettvorleger. Potsdamerstraße 109, Fischer.

Kronfische, Alaskafische, Rotfische und alle anderen Fischarten, Taschenkuchen, Seefanten, Silbermaxen zum billig. Linienstraße 208/9, Ecke Rosenthalerstraße, I. Treppe. *

Gartenbesitzer kaufen alle Bewässerungsgeräte und Pumpen nur bei Küchlin u. Co., Berlin 68, Alte Jakobstraße 132. 166R*

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Köpenicker Straße 71. 121R*

Zeltertanzlige, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105.

Größerer Posten Zigarettenhülsen preiswert zu verkaufen. Zentrale für Zigarettenvertrieb m. b. H., Dessauerstraße 29. 9239D

Kaufgesuche

Malerwerkstatt billig zu verkaufen. Schaefer, Mittenwalderstraße 33. 1323b

Seifengeschäft, zugehend, ohne Wohnungstausch, sofort zu verkaufen. Offerten unter J. N. 22713 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19. 45/2

Möbelangebot, komplette Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Stühle, einzelne Möbelstücke liefert preiswert Möbelhaus Hulsenbad, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 150R*

Chaiselongues, 150—600, Metallbetten 250—2000, weiße Schlafzimmer, Kleiderschränke, Melde, Auguststr. 21a, Quergebäude.

Schlafzimmer, nußbaum, Tisch, Sofa, 3 Sessel mit Roßhaarbezug, alles tadellos erhalten, umzugshalber billig abzugeben. Schröder, Prinzregentenstraße 7. 1314b*

Schlafzimmer in solider, einfacher Ausführung, komplett mit Matratzen 2750 Mark verkauft Schlafzimmer-Spezialfabrik Burgstraße 27, Buntenhaus Börse. 126R*

Tatsächlich verkaufe Studiereinrichtung mit Sofa und Küche nur 1600, 2000, 3200 Mark. Gediegene Schlafzimmer 2250, 3746, 6015 Mark. Möbelschau, Brunnenstraße 160, Eingang Ackerstraße. 126R*

Einzelteile Mandolinen, Bändchen Gitarren, Geigen, äußerst billig. (Unterricht 20,— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur partiellen Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw. erbeutete Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 163. 156R

Pianos 500,—, Tafelklavier nußbaum 1300,—, schwarz 1800,—, Preiswerte neue und unterhaltene Pianos verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 131R

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Abom, Mitzkystraße 16. 129R

Pianos, Sterling-Pianos, neue, aus gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 73R*

Fahrräder, modern, prima Gummi, verkauft Horstotz, Strelitzerstraße 2 II. *

Fahrräder, gebrauchte, Riesenauswahl. Schlome, Weinmeisterstraße 4. *

Kaufgesuche

Schreibmaschinen, neue, bis 300 Prozent und mehr kauft Tausend Friedrich Morgenstern, Sickingenstr. 71, Ecke Weichselstraße 18, Alexander 1380. 8

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandbriefe kauft, beleiht Bongz, Berlin, Oranienstraße 145. *

Bosch-Magnete, Zündkerzen, Spiralbohrer, Schmirrzeilen, Feilen, Hole-, Schloß-, Maschinenschrauben usw. kauft zu konkurrenzlosen Preisen Anbern, Große Frankfurterstraße 107. 166R

Höchstzahlend Kupfer, Messing, Zinn, Grubenkontor, Brüderstraße 8a. 163R*

Kupfer! Messing! Zinn! Granitol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönhauserstraße, am Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Boltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichplatz) 167R

Schnellaufbohrer, Werkzeugbohrer, Schmirrzeilenen mit höchstem Aufschlag kauft Einkaufsbüro, Prinzenstraße 13, Fabrikgebäude I. *

Leitungs-, Gas-, Dampfrohre, Kabel und Litzen kauft Brambach, Franzstraße 15 (Schmid-, Innenstraße), Moritzplatz 1430. 156R*

Rognakflaschen, jeden Posten, zu höchsten Tagespreisen kauft Vertriebsgesellschaft für Brennereierzeugnisse, Rominterstraße 45. 1630D*

Damenradgesuch, Herrenradgesuch, Motorradgesuch, Magnete, Zündkerzen, auch kleine Autos. Kümmerzeit, Große Frankfurterstraße 14. Vermittler gute Provision. *

Kupfer! Messing! Zinn! Granitol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönhauserstraße, am Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Boltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichplatz) 167R

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Bock, Bulsenerstraße 33. *

Unterricht

Muttersprachliches Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Postlagerkarte 496", Briefpostamt C. 2. *

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienta, Charlottenburg Stuttgarterplatz 2, Gartenhaus IV.

Kaufmännische Privatschule von Georg Gunnow, Belle-Alliance-Straße 106. Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Korrespondenz, Wechselkunde, Richtigschreiben. Anmeldungen jederzeit. 106R*

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-Damenschneiderei, Wäsche, Punktierte, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung, Schnittmuster, Lebenslang kostenlos. Fernsprecher: Amt Königstadt 869. 84D

Verschiedenes

Rekonvaleszent bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 200. 100/17*

Erfinder. Patentbureau Packscher, Gertraudtenstraße 15, Zentrum 7600. 75R*

Vermietungen

Mietgesuche

Arbeiter sucht einfach möbliertes Zimmer zum 1. Juni. Angebote: Schwan, Stralauer Brücke 6 IV. 1321b

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Gelbtipp Kurier Zigarettenpacker mit guten Zeugnissen gesucht. Zentrale für Zigarettenvertrieb m. b. H., Dessauerstraße 29. 1319b

Tüchtige Vertreterinnen bei hohem Gehalt verlangen Gebr. Lewinthal, Modewarenhaus, Kantstraße 98a. 1640D